

Bisher hat sich nichts geändert

Die kritischen Initiativen an den Atomstandorten in Niedersachsen haben zum ersten Amtsjahr des grünen Umweltministers Stefan Wenzel ein gemeinsames Fazit gezogen: Die Menschen an den laufenden und abgeschalteten Atomkraftwerken, Atomfabriken, Konditionierungsanlagen und Atommülllagern sind weiterhin der ständigen Gefahr radioaktiver Strahlung ausgesetzt und weiterhin von atomaren Unfällen bedroht. Obwohl der Umweltminister immer wieder versichert, die Probleme an den niedersächsischen Atomstandorten habe neben den Erneuerbaren Energien für ihn höchste Priorität, ist bisher, außer Worten, wenig passiert.

- Die AKW Standorte vermissen Transparenz bei Sicherheitsprüfungen und Gefahrenabschätzung und fordern Sicherheitsprüfungen von unabhängigen Gutachtern für den laufenden Betrieb und den Rückbau.
- Wenzel erklärt zwar, dass er den Einsatz von MOX- Brennelementen ablehnt, doch bisher hat er den Einsatz ebenso wenig verhindert, wie Atommülltransporte im Vorfeld sichtbar gemacht.
- Die Zusicherung im Koalitionsvertrag, dass Schacht KONRAD nach dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik neu bewertet werden muss, ist noch nicht durch Handeln belegt.
- Die Vereinbarung, dass Gorleben aus dem Standortauswahlgesetz herausgehalten wird, ist gekippt.
- Im letzten Monat hat der Umweltminister entschieden, die Verantwortung für die niedersächsische Atomaufsicht in seinem Ministerium zu bündeln. Bleibt zu hoffen, dass diese Maßnahme zu gezielterem Handeln und mehr Sicherheit führt, und nicht so lax gehandhabt wird, wie es an den AKW-Standorten bisher der Fall ist.

Statt sich um niedersächsische Belange zu kümmern, preist Umweltminister Wenzel die Standortsuchkommission an, ohne Gorleben aus dem Spiel zu nehmen. Doch die niedersächsischen Atomstandorte brauchen keine Kommission, die ihre aktuellen Probleme ausblendet. Die Probleme sind jetzt da! Es muss sofort gehandelt werden! Und zwar nicht punktuell, weil gerade ein akuter Vorfall eingetreten ist, sondern vorsorglich und verantwortungsvoll, umfassend und nachhaltig.

Die niedersächsischen Atomstandorte erwarten, dass die zugesagte Priorität in die Tat umgesetzt wird. Dass der Minister ein Team von Fachleuten einsetzt, um ein Konzept zu erarbeiten, das alle anstehenden Probleme in den Blick nimmt, um Lösungswege zu erarbeiten, Ergebnisse öffentlich zu machen und umzusetzen. Als Basis könnten die Datenblätter der Standortinitiativen dienen. (s. Anlage)

Wir erwarten maximale Sicherheit, Transparenz, und dass die Belange der niedersächsischen Atomstandorte auch im Bundesrat vertreten werden.

Die Initiativen der niedersächsischen Atomstandorte

Aktion Z (AKW Esenshamm) | Anti-Atom Lingen | Anti-Atom-Bündnis Osnabrück | Anti-Atom-Bündnis Schaumburg | Anti-Atom-Kreis Nienburg | Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD | Arbeitskreis Wesermarsch | BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg | Bielefeld steigt aus | Bürgerinitiative Strahlenschutz Braunschweig | Klimaforum Detmold | Regionalkonferenz AKW Grohnde abschalten